

II-11604 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5759/J

1990-06-27

A N F R A G E

des Abgeordneten Dipl. Soz. Arb. Manfred Srb und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend pauschale Pflegegeldleistungen

Immer wieder wird von Betroffenen die Meinung vertreten, daß vor allem über pauschale Pflegegeldleistungen am effizientesten zu Vorsorge für pflegebedürftige Personen beigetragen werden kann. Dies ist u.a. auch daran erkennbar, daß von den Beziehern eines Pflegegeldes nach dem KOV, HVG, OFG und VOG nur eine im Verhältnis sehr geringe Anzahl in Pflegeheimen lebt.

Laut einer schriftlichen Befragung der "Interessensgemeinschaft der Rollstuhlfahrer" von Hilfe- und Pflegebedürftigen wünschen sich weit über 90 % die behindertenfreundlichere Alternative des Pflegegeldes in 6 Stufen gleich des KOVG, HVG, OFG und VOG und stellen dazu keine weiteren Ansprüche auf institutionalisierte Dienstleistungen.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

A N F R A G E

1. Auf welche Höhe beläuft sich die Anzahl der in Pflegeheimen und vergleichbaren Institutionen lebenden Bezieher eines Pflegegeldes nach dem KOVG, HVG, OFG und VOG? (Aufgliederung nach Bundesländern und nach den einzelnen Gesetzen)

2. Sind Sie bereit Untersuchungen anzustellen, welche von den beiden Wegen für die Betroffenen eine bessere Lebensqualität ermöglicht und daher der Volkswirtschaft billiger kommt:

a) über Sach- und Dienstleistungen

b) gleich der Kriegsoffer und der Arbeitsunfälle über Geldleistungen?

Wenn nein: Warum nicht?

Falls es schon Untersuchungen gegeben hat: Wie lauten die Ergebnisse?

3. Sind Sie bereit, dem Wunsch der Betroffenen nach der behindertenfreundlicheren Alternative zum Heim - die des Pflegegeldes in 6 Stufen gleich dem KOVG, HVG, OFG und VOG - Rechnung zu tragen? Wenn ja: Wie und bis wann? Wenn nein: Warum nicht?